

SPAM-Info



Liebe Genossinnen und Genossen
Liebe Sympis

Danke, dass ihr das gute Ergebnis bei den Gemeinderats- und Stadtratswahlen ermöglicht habt. Yvonne Beutler als erste Stadtpräsidentin von Winterthur wäre ja zu schön gewesen. Auch wenn es für einen Sieg im zweiten Wahlgang ums Stadtratspräsidium am Ende leider nicht ganz gereicht hat, wohl auch deshalb, weil sich die Bürgerlichen nochmals selber anschubsten, zusammenraufeten und endlich Mike Künzle unterstützten, was sie im 1. Wahlgang mehrheitlich unterlassen hatten. Wodurch aber immerhin der 2. Wahlgang überhaupt möglich wurde. Ich habe Euch in den letzten Jahren so oft ermuntert, Abstimmen zu gehen und der Lohn ist nun endlich wieder ein Zulegen an Gemeinderatssitzen und Christa Meier als neue Stadträtin. Wenn wir schon nicht das fette Portemonnaie haben wie die SVP, so haben wir doch viel Menschenpower, den es zu nutzen gilt. Ich bin sehr stolz, dass es nun endlich mit der SP wieder aufwärts geht, was ja beispielsweise in Uster und Effretikon auch zu beobachten ist.

Dies ist mein letztes SPAM-Info. Ich werde an unserer Jahresversammlung vom 7. Juni 2018 (19:30 Uhr Cafè Obergass, Säli erster Stock) vom Präsidium zurücktreten und habe mit Jasmin Bertsch und Florina Pantli zwei junge motivierte Nachfolgerinnen gefunden, welche sich das Amt im Co-Präsidium teilen werden. Zu ihrer Unterstützung werde ich noch ein Jahr als normales Mitglied im Vorstand bleiben. Ursula Braunschweig, meine Vorgängerin hat das damals auch so gemacht und ich schätzte ihre Unterstützung (und sei es nur die moralische!) in diesem ersten Präsidialjahr sehr.

Florina wird im Anschluss an den statutarischen Teil ab ca. 20 Uhr kurz über die Entlastungsinitiative berichten. Also ist der Abend eine gute Gelegenheit, erstens Florina besser kennen zu lernen und sich zweitens über die Entlastungsinitiative der Juso zu informieren. Ab 20 Uhr wird auch Felix Steger, unser neuer Co-Präsident des SP-Bezirks anwesend sein und über die strategische Zukunft der nächsten Jahre der SP-Winti Auskunft geben und sich Euren Fragen beim Apéro stellen. Ich hoffe also, dass ihr zahlreich kommen werdet.

Beiträge zu den Abstimmungen vom 10. Juni verfassten: Benedikt Zäch zur Vollgeld-Initiative. Gegen das Geldspielgesetz schrieb Raffi Steiner, dafür Jasmin Bertsch. Silvana Näef schreibt zur Obertorinitiative. Zu den Schulbehördenwahlen findet ihr Informationen auf Seite 5.

Ich bedanke mich bei Euch LeserInnen für die Geduld und die Nachsicht mit meinen Texten. Mein Dank geht auch an meine Vorstandsmitglieder. Ohne ihre oft tatkräftige und mitdenkende Unterstützung hätte ich das Präsidium sicher nicht solange inne gehabt. Ich zähle drauf, dass auch die neuen Co-Präsidentinnen weiterhin auf diese tolle Unterstützung zählen dürfen und wünsche den beiden für die Zukunft nur das Beste!

Liebe Grüsse

Martina Niedermann
SP Altstadt/Mattenbach



Vorlagen & Parolen

vom 10. Juni 2017

National:

NEIN Vollgeld-Initiative
JA Geldspielgesetz

Kantonal:

NEIN Senkung der Grundstückgewinnsteuer (Steuerg.)
NEIN Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (Verkehrsfonds)

Winterthur:

JA Kauf der Liegenschaft Rudolf -Diesel-Strasse 10 (Schule „Profil“)

Wahlen Schulbehörden
CHANTAL GALLADÉ
als Schulpräsidentin
in Stadt-Töss

MARTHA JAKOB
als Schulpräsidentin
in Seen-Mattenbach

Das Geldspielgesetz: Pro und Contra

Fokus Konsumenten/innenschutz

von Jasmin Bertsch, Vorstandsmitglied SP A/M

Am 10. Juni wird das Geldspielgesetz zur Abstimmung gebracht. Viel diskutiert wird hierbei besonders über die Finanzierung der Pro-Seite, da eine starke Lobby viel Geld in den Abstimmungskampf steckt. Andererseits ist auch die Gegenseite finanziell gut ausgerüstet, da sich die Onlineanbieter ebenfalls mit grossem finanziellen Interesse am Abstimmungskampf beteiligen.

Das neue Geldspielgesetz soll im Wesentlichen das Gesetz, welches vom Volk im Jahr 2012 angenommen wurde, erweitern und - als einer der wichtigsten Punkte - besonders auch das Geldspiel im Internet regulieren. Geldspielanbieter unterliegen in der Schweiz einer starken Regulierung. So sind sie verpflichtet, Abgaben zu leisten für die Allgemeinheit. Diese werden vor allem für die AHV/IV, Sport, Kultur und soziale Zwecke eingesetzt. Zudem sind sie verpflichtet, Spielsüchtige zu melden und dafür zu sorgen, dass sie nicht weiterspielen können. Ebenfalls ist nicht jegliche Form von Geldspielen zugelassen. Einer der Punkte, die im neuen Gesetz nun zum Tragen kommt, ist, dass diese Regulierung auch im Onlinebereich zur Anwendung kommt. Damit dies geschehen kann, ist es notwendig, dass die Onlineanbieter einen Sitz in der Schweiz haben, damit sie auch der hiesigen Gerichtsbarkeit unterstehen. Dadurch, dass Onlineanbieter ihren Sitz meist im Ausland haben, entziehen sie dem Schweizer Staat und der Allgemeinheit Millionenbeträge. Um dies zu verhindern, möchte der Bund sogenannte Netzsperrern errichten, die den Zugang zu solchen Anbietern erschweren. Dies ist kein Novum, sondern wird bereits von 17 anderen europäischen Staaten so eingesetzt. Die Gegenseite bezeichnet die Netzsperrere als Internetzensur. Dabei wird nur der Zugang zu unwilligen/illegalen Geldspielanbietern erschwert.

Das neue Gesetz sieht zudem einige zusätzliche Erweiterungen vor. So sollen konzessionierte Anbieter ebenfalls Onlinespiele anbieten dürfen, Lotteriegesellschaften dürfen neue Formen der Sportwetten anbieten, kleinere Pokerturniere ausserhalb von Spielbanken können bewilligt werden, der Gewinn muss erst ab einer Million versteuert werden und es wird eine Lücke bei der Manipulation von Sportwetten geschlossen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das neue Gesetz durchaus ein Schritt in die richtige Richtung ist. Es setzt den Fokus stärker auf den Konsumentinnen- und Konsumentenschutz und will die Möglichkeiten der Digitalisierung in einem kontrollierten Markt nutzen.

Ein Gesetz für die Casino-Lobby

von Rafael Steiner, Kantonsrat SP

Die SP Schweiz hat für das neue Geldspielgesetz zwar die Ja-Parole beschlossen, aber in der SP ist das Gesetz ganz und gar nicht unbestritten. Es trifft geradezu von Lobbyismus und bedeutet einen Dambruch in der Netzpolitik.

Das Gesetz will es Schweizer Casinos erlauben auch online Geldspiele anzubieten. Gleichzeitig werden ausländische Anbieter gesperrt. Dies ist problematisch, da sogenannte Netzsperrern als Regulierungsinstrument in der Schweiz bisher unbekannt sind und eher ein Instrument totalitärer Regimes darstellen.

Die SP Schweiz schreibt denn auch in ihrem Internet-Positionspapier: «Von Netzsperrern ist abzusehen» - Dies aus gutem Grund. Netzsperrern sind wenig nützlich und haben ein grosses Schadenspotential. Sie sind wenig nützlich, da sie sehr einfach umgangen werden können: Spielsüchtige Personen werden die Sperrern binnen weniger Minuten umgehen können. Dass selbst die Befürworter Netzsperrern nicht verstehen zeigt folgende Aussage auf ihrer Website: «Wenn im Hinterzimmer einer Bar ein illegales Spiellokal betrieben wird, dann ist für alle klar, dass die Behörden dieses Spiellokal schliessen sollen und müssen. Warum sollte dies in der digitalen Welt anders sein?» - Gerade dies passiert eben bei Netzsperrern nicht, anstatt das Angebot zu schliessen hängt man ein Schild vor die Türe «Bitte nicht eintreten». Dies hält zwar sicher einige davon ab, einzutreten - wirkungsvoll ist dies aber nicht.

Netzsperrern sind gefährlich, da sie in gewissen Kreisen den Ruf nach Mehr wecken. Wenn andere Lobbys erkennen, wie einfach es offenbar ist ein Gesetz zu erhalten, das unliebsame Seiten sperrt, bleibt die Casino-Sperre wohl nicht die letzte. Die Musik- und Filmbranche würde sicherlich gerne Streaming-Seiten sperrern, für die Hotellerie sperrern wir ausländische Buchungsportale, für das Gewerbe sperrern wir Seiten, welche zu Streik aufrufen, die Wunschliste ist sicher lang.

Die wirklichen Probleme im Spielbereich packt das Gesetz aber nicht an. Es werden keine griffigen Massnahmen gegen Spielsucht vorgesehen («Eigenverantwortung»), Gewinne von Casinos bleiben steuerfrei und neu sind sogar Gewinne bis zu einer Million Franken aus Lotterien oder Online-Glücksspielen steuerfrei, was zu Steuerausfällen führen wird.

Ein NEIN heisst keinen Franken weniger im Lotteriefonds wie bisher, gibt uns aber die Chance ein Geldspielgesetz zu erhalten, welches wirkungsvoll vor dubiosen ausländischen Anbietern schützt, die seriösen Anbieter in die Pflicht nimmt und besteuert statt gefährliche Netzsperrern einzurichten.

Lösung oder Problem?

von Benedikt Zäch, Gemeinderat SP

Am 10. Juni 2018 kommt die sogenannte "Vollgeld-Initiative" zur Abstimmung. Sie behandelt eine zentrale Frage unseres Geldsystems. Was will sie und wie stellt sich die SP dazu?

Die Initiative, die nicht von einer Partei, sondern dem Verein «Monetäre Modernisierung (MoMo)», lanciert wurde, verlangt im Grunde etwas Einfaches. Sie will, dass ausschliesslich die Schweizerische Nationalbank sog. Buchgeld schöpfen soll. Damit soll derjenige Teil der Geldmenge, der nicht durch Realwerte oder Sparguthaben gedeckt ist, reduziert und Buchgeld grundsätzlich durch die Zentralbank und nicht mehr durch die Geschäftsbanken hergestellt werden.

Heute funktioniert unser Geldsystem so, dass die Nationalbank das Monopol für die Banknoten besitzt und die Eigenössische Münzstätte alleiniger Hersteller des Münzgelds ist. Notengeld und Münzgeld machen aber nur etwa 10 % der gesamten Geldmenge aus. 90 % des Geldes im Wirtschaftskreislauf ist sog. Buchgeld (oder Giralgeld), das aus Krediten geschöpft wird, die nur die Geschäftsbanken vergeben. Sie stellen also dieses Geld durch Kreditvergabe her.

Das Problem ist, dass dieses Buchgeld nur zum kleinsten Teil mit Realwerten und Sicherheiten unterlegt ist: Die durchschnittlichen Eigenmittelmittel der Geschäftsbanken betragen weniger als 10 % der Bilanzsumme und die Einlagensicherung für Bankguthaben bis 100'000 Franken wird durch einen Fonds gedeckt, der lediglich 6 Milliarden Franken enthält.

Es ist nicht zu bestreiten, dass dieses Buchgeld, das in Zeiten von Niedrigzinsen zudem nur mit Mühe rentabel angelegt werden kann, einer der Haupttreiber für Spekulationen und Finanzblasen im Aktien- und Immobilienmarkt ist. Auf der anderen Seite ist unklar, was der Systemwechsel für Nebenwirkungen hätte: Die Kreditvergabe würde weiter durch die Geschäftsbanken erfolgen, aber nur mit Geld, dass diese von der Nationalbank beziehen.

Dass dadurch die Rolle der Nationalbank übermässig gestärkt würde, weil sie allein für die Geldschöpfung verantwortlich wäre, ist ein Kritikpunkt der SP Schweiz, die die Initiative an einer nationalen DV mit 87:40 Stimmen als ein zu ungewisses Experiment ablehnte. Allerdings gibt es in der SP auch Sympathie für das Anliegen; so haben verschiedene Kantonalparteien wie die SP Schwyz und Solothurn sowie die Juso Schweiz die Ja-Parole beschlossen. Auch an der Mitgliederversammlung der SP Winterthur wurde die Initiative lebhaft diskutiert.

Senkung der Grundstückgewinnsteuer (Steuergesetz)

Zürcher Unternehmen bezahlen heute auf Gewinnen aus dem Verkauf von Grundstücken die Grundstückgewinnsteuer. Dies gilt auch dann, wenn sie aus ihrer geschäftlichen Tätigkeit Verluste ausweisen. Neu sollen die Unternehmen Geschäftsverluste bei der Grundstückgewinnsteuer abziehen können.

Die Gesetzesänderung verletzt die Gleichbehandlung von juristischen und natürlichen Personen und würde insbesondere Grossunternehmen entlasten. Ebenfalls negativ würde das Gesetz sich auf die Gemeindefinanzen auswirken. Die Steuerausfälle, die sich daraus ergeben, müssen von den Gemeinden getragen werden. Durch das neue Steuergesetz drohen den Gemeinden Steuerausfälle von bis zu 75 Millionen Franken pro Jahr – ein riesiges Steuergeschenk für Immo-Haie wie die Mobimo.

NEIN zu den Steuergeschenken für Immo-Haie.

Gesetz über den öffentlichen Verkehr (Verkehrsfonds)

Die SP Kanton Zürich unterstützt das Referendum gegen die Plünderung des Verkehrsfonds.

Zweck des Fonds ist die langfristig gesicherte Finanzierung von Ausbauten für den öffentlichen Verkehr (öV). Der Kanton legt jedes Jahr Mittel beiseite, auch wenn gerade nicht viel gebraucht wird, und zehrt davon in Zeiten intensiver Bautätigkeit. Zum Beispiel belastet die Limmatbahn in den nächsten Jahren den Kantonshaushalt nicht, weil die Mittel für ihren Bau dem Verkehrsfonds entnommen werden, so wie jene für die gleichzeitigen Anpassungen am regionalen Strassennetz aus dem Strassenfonds kommen.

Mit der geplanten Kürzung der jährlichen Kantonsbeiträge von 55 auf 20 Millionen fährt die rechte Mehrheit im Kantonsrat nicht nur einen Frontalangriff auf den ZVV, sondern gefährdet direkt wichtige Tramprojekte in Zürich-Affoltern, die Verlängerung der Glattalbahn nach Kloten-Industrie und die neue Tramlinie zum Innovationspark und weiter bis Dietlikon.

NEIN zur Kürzung des ÖV-Fonds.

STARKE SCHULEN FÜR ALLE UNSERE KINDER

Wahlen Schulbehörden Stadt Winterthur vom 10. Juni 2018

Am 10. Juni 2018 werden in allen Schulkreisen der Stadt Winterthur die Schulpflegen und ihre Präsidien neu gewählt. In drei der vier Wahlkreise treten neue Präsidiumskandidierende an. Wahlberechtigt sind alle Winterthurerinnen und Winterthurer in ihrem jeweiligen Schulkreis. Die SP Winterthur und die GLP Winterthur schicken mit Chantal Galladé (SP), Christoph Baumann (SP) und Martha Jakob (GLP) drei qualifizierte Kandidierende ins Rennen um die Schulpflegepräsidien.

CHANTAL GALLADÉ als Präsidentin für Stadt-Töss



Die langjährige Nationalrätin und versierte Bildungspolitikerin Chantal Galladé tritt im Schulkreis Stadt-Töss an: „Jedes Kind hat das Recht, gerne in die Schule zu gehen und angemessen gefördert zu werden. Für diese Überzeugung setze ich mich seit über zwanzig Jahren ein. Zuerst in der Bildungskommission des Zürcher Kantonsrates und danach über ein Jahrzehnt lang in der Bildungskommission des Nationalrates und in bildungspolitischen Verbänden. Ein vertrauensvolles Miteinander von Elternhaus, Schulen und Behörden kommt unseren Kindern zugute. Und allein um sie geht es. Ich würde mich sehr freuen, als Schulpräsidentin des Schulkreises Stadt-Töss eine starke Schule für unsere Kinder weiter zu entwickeln.“

CHRISTOPH BAUMANN als Präsident für Oberwinterthur



Als ehemaliger Lehrer und langjähriger Mitarbeiter der kantonalen Fachstelle für Schulbeurteilung ist Christoph Baumann bestens gerüstet für das neue Amt als Schulpräsident: „Ich habe die Volksschulbildung aus den verschiedensten Blickwinkeln kennengelernt, als Lehrer, Schulpfleger und bei meiner Arbeit an der Fachstelle für Schulbeurteilung. Es würde mich freuen mein Wissen in Oberwinterthur und in unserer Stadt für eine Schule, in der motiviert gelehrt und gelernt werden kann, einzubringen - immer mit dem Ziel, das Lernen und die Entfaltung unserer Kinder ins Zentrum zu stellen.“

MARTHA JAKOB als Präsidentin für Seen-Mattenbach



Die erfahrene Lehrerin und Schulleiterin Martha Jakob ist eine kompetente und fachlich ausgezeichnete Kandidatin für das Schulpräsidium in Seen-Mattenbach: „Gut zuhören, hinschauen und stets das Wohl des Kindes im Auge zu halten, ist für mich zentral als Schulpräsidentin. Der bewusste Umgang mit den vorhandenen Ressourcen, welche zur Verfügung stehen, ist als Schulpflegepräsidentin eine Voraussetzung und eine Verpflichtung. Dabei geht es in erster Linie jedoch immer darum, für das einzelne Kind die wirkungsvollste Förderung zu ermöglichen. Ich kenne den sonderpädagogischen Bereich sehr gut und kann aus Erfahrung abschätzen, wo Prioritäten gezielt gesetzt werden können.“

Initiative Obertor: Boden behalten - Winterthur gestalten

von Silvana Naef, Gemeinderätin SP

Mit dem Wegzug der Stadtpolizei ins neue Polizeigebäude, welches sich an einem anderen Standort befindet, wird in der Altstadt in einigen Jahren viel Raum - eine Fläche von rund 6100 Quadratmetern - frei. Es stellt sich die Frage, was nun mit dieser Fläche geschehen soll und wie die Chance genutzt werden kann, die obere Altstadt für die Winterthurer Bevölkerung noch attraktiver zu gestalten. Wenig attraktiv für die Mehrheit der Bevölkerung erscheint die Idee, an dieser Lage hochpreisigen Wohnraum zu schaffen, da so keine Nutzung dieses Areals für die Bevölkerung möglich wäre. Dazu ist zudem zu bemerken, dass die Nachfrage nach Mietwohnungen im gehobenen Bereich im Rückgang begriffen ist und es sich bei der Schaffung von teuren Mietwohnungen um keine städtische Aufgabe handelt.

Damit die Bevölkerung von dem frei werdenden Areal profitieren kann und dort ein lebendiges Stück Stadt entstehen kann, wurde von einem Komitee aus SP, Grünen, AL, Mieterverband, IG Obertor und Bewohnerverein Altstadt die Initiative "Obertor: Boden behalten - Winterthur gestalten" lanciert. Ziel dieser Initiative ist es, dass das Areal im Eigentum der Stadt bleibt und mindestens die Hälfte der Geschossflächen nach dem Prinzip der Kostenmiete (also ohne Profiterzielung) zu vermieten ist. Dabei wird eine gemischte und gemeinnützige Nutzung

des Areals angestrebt. Denkbar ist zum Beispiel, dass ein Teil des Areals wieder zu einem Bad wird - diesbezüglich fehlt es in der Altstadt zur Zeit noch an Angeboten - dass Zwischennutzungen stattfinden können oder Proberäume für Schauspiel und Musik entstehen könnten.

Die Initiative konnte am 20. April 2018 nach nur zwei Monaten Sammelzeit mit beinahe 2000 Unterschriften, also doppelt so vielen wie für eine städtische Volksinitiative eigentlich nötig gewesen wären, eingereicht werden. Dies zeigt, wie wichtig der Bevölkerung das Anliegen dieser Initiative ist. Der Ball liegt nun zunächst beim Stadt- und Gemeinderat, wobei die SP Altstadt/Mattenbach die Zukunft dieses Areals mit Interesse aktiv weiterverfolgen wird. (Foto: Übergabe der Unterschriften vor dem Polizeigebäude)



Termine

SP Altstadt/Mattenbach

Podium

Schulpräsidium Stadt-Töss

Dienstag, 15. Mai 2018

19:30 Uhr, Tössfeld-Saal

Untere Briggerstrasse 31

Für den Kreis Stadt-Töss stellt sich der bisherige Amtsinhaber Felix Müller (parteilos) erneut zur Wahl. Neu kandidiert Chantal Galladé (SP) als Präsidentin. Sie wird von der Interparteilichen Konferenz zur Wahl vorgeschlagen. Wie stellen sich die beiden eine ideale Schule vor? Wie wollen sie Ruhe in den Schulkreis bringen? Chantal Galladé und Felix Müller stellen sich den Fragen der Moderatorin Mirjam Fonti und des Publikums.

Podium

Schulpräsidium Seen-Mattenbach

Dienstag, 15. Mai 2018

19:30 Uhr, Schulhaus Steinacker

Sempacherweg 4

Lernen Sie die beiden Kandidierenden kennen. In einer Diskussionsrunde präsentieren sich Martha Jakob (glp) und Beat Meier (FDP) für das Präsidium in Seen-Mattenbach und stellen sich den Fragen der Moderatorin und des Publikums. Nutzen Sie die Gelegenheit Fragen zu stellen.

Sessionsbrunch

Samstag, 29. September 2018

9:30 - 12:00 Uhr

Reserviert euch doch bereits den Termin für den Sessionsbrunch im September 2018. Die SP Altstadt/Mattenbach organisiert den Morgen und freut sich über spannende Anekdoten aus dem Nationalrat.

Ort und Gäste werde wir euch noch bekannt geben

Einladung Jahresversammlung

SP Altstadt/ Mattenbach

Donnerstag, 7. Juni 2018

19.30 Uhr, Restaurant Obergass, Säli im 1. Stock

Traktanden:

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler/innen, Entschuldigungen, Protokollführung, Genehmigung der Traktanden
2. Protokoll der GV 2017
3. Rückblick, Jahresbericht 2017
4. Wahl der Vorstandsmitglieder
5. Wahl der Vertreter/innen in den Parteivorstand der SP Bezirk Winterthur
6. Budget 2018 / Jahresplanung 2018
7. Vorstellung Entlastungsinitiative, Florina Pantli
8. Varia

Ab ca. 20.30 Uhr : Apéro und Gespräch zur Zukunft der SP Winterthur mit Felix Steger (Co-Präsident SP Winterthur)

Bewerbung als Vorstandsmitglied SP A/M

von Florina Pantli

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Ich trat der SP bei, da mir die Politlandschaft in Winterthur zu bürgerlich dominiert ist. Einen politischen Unterschied zu machen, ist mir wichtig. Vor einem Jahr bin ich in Winterthur der SP beigetreten. Bevor ich Mitglied in der SP wurde, bin ich der JUSO beigetreten. Dort engagiere ich mich seit bald sechs Jahren als Basismitglied, davon eineinhalb Jahre aktiv als Mitglied des Vorstandes der kantonalen JUSO.

In Winterthur bin ich geboren und aufgewachsen. Da ich in der Altstadt aufgewachsen bin, habe ich auch deren Wandel miterlebt. Es gefällt mir besonders zu sehen, wie die Musikfestwochen jedes Jahr grösser und bunter werden. Beobachten konnte ich aber auch, wie sich die Altstadt von einem Ort der Vielfalt zu einem Monopol der Bekleidungsindustrie wandelte. Es wäre schön, könnten wir die Volksinitiative „Obertor: Boden behalten – Winterthur gestalten“ mit einem „Ja“ an der Urne feiern, als Zeichen gegen Eintönigkeit, in unserer Altstadt.

Zurzeit absolviere ich ein Praktikum, im Bereich der schulergänzenden Betreuung, in Küsnacht. Im September beginne ich ein Studium der sozialen Arbeit an der ZHAW in Zürich.

Gerne würde ich in den Vorstand der SP Altstadt/Mattenbach gewählt werden. Ich würde mich freuen, wenn ihr mir euer Vertrauen dafür ausspricht.

Mit solidarischen Grüssen
Florina Pantli